

20.11.02

Gesetzesantrag

der Länder

Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrens- gesetzes

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Sachsen-Anhalt
Staatsminister R. Robra

Magdeburg, den 20. November 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben
am 19. November 2002 beschlossen, dem Bundesrat den

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des
Asylverfahrensgesetzes

mit dem Antrag zuzuleiten, seine Einbringung beim Deutschen Bundestag erneut
zu beschließen. Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat am
27. September 2001 beschlossenen Fassung -(Drucksache 359/01 (Beschluss)-,
die der Deutsche Bundestag wegen des Ablaufs der 14. Legislaturperiode nicht
mehr abschließend behandelt hat.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des
Bundesrates auf die Tagesordnung der Bundesratssitzung am 20. Dezember 2002
zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

